



Friedrich Haag

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Mitglied der FDP/DVP-Fraktion

Friedrich Haag MdL · Konrad-Adenauer-Str. 3 · 70173 Stuttgart

PRESSEMITTEILUNG

Stuttgart, 1. März 2023

Friedrich Haag MdL
Mitglied der FDP/DVP-Fraktion
Wohnungsbaupolitischer Sprecher
der FDP/DVP-Fraktion
Sprecher für individuelle Mobilität
Mitglied im Verkehrsausschuss

friedrich.haag@fdp.landtag-bw.de
www.fdp-dvp-fraktion.de
www.friedrich-haag.de

facebook.com/haagfdp
instagram.com/haagfdp

Landtagsbüro
Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 3
Besuchereingang:
Stauffenbergstraße 1
70173 Stuttgart
T: 0711 2063 9240

Wahlkreisbüro
Weißenburgstr. 29
70180 Stuttgart
T: 0711 9459 1111

Friedrich Haag MdL: Nein zum Verbot für neue Öl- und Gasheizungen ab 2024!

Brauchen Technologieoffenheit auch im Wärmemarkt

Das grün geführte Bundeswirtschaftsministerium plant ein Verbot von neuen Öl- und Gasheizungen ab 2024. Zudem soll ab 2026 die maximale Betriebslaufzeit bestehender Gas- und Ölheizungen von 30 auf 20 Jahre begrenzt werden.

Der **Stuttgarter FDP-Landtagsabgeordnete und wohnungspolitische Sprecher Friedrich Haag** hält nichts von einem Verbot:

„Der vorliegende Gesetzesentwurf von Bundeswirtschaftsminister Habeck geht völlig an der Realität der Menschen vorbei und ist mal wieder Paradebeispiel für die unsinnige Bevormundungspolitik der Grünen. Zwei von drei Stuttgartern werden im Schnitt zum teuren Umbau ihrer Heizung gezwungen und müssen ihre alten Heizungen verschrotten. Das ist alles andere als klimafreundlich.

Es hilft nichts, ständig nur Vorgaben und Verbote zu schaffen, welche große Teile der Gesellschaft durch steigende Bau- und Mietkosten finanziell überfordern und diskriminieren, nur um hinterher festzustellen, dass man die eigentlichen Potenziale verpasst hat. Warum ab 2026 dann auch noch unsere bestehenden, gut funktionierenden Gas- und Ölheizungen in der Landeshauptstadt teuer rausreißen, wenn diese mit E-Fuels, Biomethan und Wasserstoff klimaneutral betrieben werden können?

Vor dem technologischen Fortschritt verschließt der Bundeswirtschaftsminister leider weiter konsequent die Augen. Statt die Verantwortung für die kostspieligen Umbaumaßnahmen auf die Bürger zu wälzen und den Personalmangel im Handwerk noch weiter zu verschärfen, sollte sich Habeck lieber für die Verfügbarkeit klimaneutraler Brennstoffe einsetzen.“